

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Kurt Döschel 4196/4195



Anschrift für Briefe und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Gopelhaus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückgabe beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Juli 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Eiserne Macht.

SPD. Die Nationalsozialistische Partei hat die Reichsregierung zum offenen Staatsstreich aufgefordert. Sie hat auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen gedrängt. Was die Nationalsozialisten von der Reichsregierung verlangen, ist die Ausschaltung der Polizei, die absolute Terrorfreiheit für die braunen Bürgerkriegsbanden, die Herstellung eines recht- und gesetzlosen Zustandes, in dem nur noch die brutale Gewalt entscheidet. Wie sie es meinen und was sie von der Reichsregierung fordern, hat der Naziführer Goering im Berliner Sportpalast enthüllt. Ein nationalsozialistischer Reichskanzler - so sagte er - würde den süddeutschen Ländern gegenüber folgendermassen verfahren: Er werde zunächst Reichswehr und Polizei aus den Ländern herausziehen und dann 100 000 Braunhemden einmarschieren lassen, die den Aufsässigen die Rücken gerben würden.

Dazu sagen wir: Ein Nazireichskanzler, der nach dem Rezept Goerings handeln würde, wäre ein Verbrecher, und das gesamte arbeitende und freiheitsliebende Volk würde voll weissglühenden Zorns mit einem solchen Verbrecher und seinen Banden abrechnen!

Die Reichsregierung ist den Forderungen der Nationalsozialisten nicht nachgekommen. Deshalb lassen nun die Bürgerkriegshetzer die Maske völlig fallen! Sie haben ein Ultimatum an die Reichsregierung gerichtet, in dem sie drohen, dass wenn nicht binnen 24 Stunden die Reichsregierung ihren Wünschen nachkommen würde, die Nationalsozialistische Partei ihre Bürgerkriegsarmee bewaffnen und ein Blutbad beginnen würde! Dies Ultimatum zeigt, dass die Nationalsozialisten glauben, dass ihnen das Kabinett der Barone so verhaftet sei, dass für die Nazis das Gesetz tatsächlich ausser Kraft gesetzt sei! Dies Ultimatum ist mit blutrünstigen Reden der nationalsozialistischen Führer begleitet worden, die in jedem geordneten Staatswesen zur sofortigen Verhaftung der Leute führen würde, die es wagen, ein solches Verbrechen gegen den Staat und gegen die Bevölkerung anzukündigen!

Mit der Drohung des allgemeinen blutigen inneren Krieges soll die Reichsregierung zur Verhängung des Ausnahmezustandes, zur Erfüllung der Diktaturforderungen der Nationalsozialisten, vielleicht sogar zur Verhinderung der Reichstagswahl und damit zum offenen Verfassungsbruch gedrängt werden!

Wir zweifeln nicht daran, dass die nationalsozialistischen Führer das Gelüste haben, ihre blutrünstigen Deklamationen in die Tat umzusetzen. Ihre Bürgerkriegsbanden haben bisher schon blutig genug gehaust. Der ganze Hass dieser Bürgerkriegshetze richtet sich gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen den stärksten Hort des Friedens und der Sicherheit, den Deutschland besitzt. Die Terrorakte der braunen Banden richten sich systematisch gegen die Einrichtungen der Arbeiterschaft. Der Hass, der daraus spricht, ist der Hass der Klassenrenegaten, der Proleten, die sich der Reaktion und dem Scharfmachertum zum Kampfe gegen ihre Klassenbrüder verkauft haben. Sie sind Landsknechte gegen die Freiheit geworden, die das Brot des Söldners gegen ihre Klassengenossen

sen-essen. Sie hassen uns, sie hassen unsere Disziplin, sie hassen das, was wir geschaffen haben weil es eine dauernde Mahnung, eine dauernde Peitsche für ihr Gewissen ist!

Diesen Hass wollen die nationalsozialistischen Blutprediger benutzen, um Deutschland in ein allgemeines Schlachtfeld, in einen Trümmerhaufen zu verwandeln! Wenn sie dies Spiel spielen wollen, so werden sie es verlieren! Wir sind eine Macht, deren Geschlossenheit, deren Wucht und deren Unüberwindlichkeit sie erkennen werden, wenn sie eingesetzt wird! Beim Sturm auf das Jugendlager der SAJ in Schmiedeberg, beim Sturm auf das "Vorwärts"-Gebäude, beim Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Halle haben sich die Angreifer blutige Köpfe geholt! Sie fühlen es, und sie müssen es fühlen, dass die Eiserne Front wirklich von Eisenist und über eiserne Fäuste verfügt!

Wer uns angreift, der wird auf eine Abwehr stossen, die er nicht erwartet hat! Wenn die nationalsozialistischen Blutredner von einem Blutbad reden, das sie anrichten wollen, und über das man nach tausend Jahren noch reden werde, so sagen wir ihnen kühl und nüchtern: Der Versuch eines solchen Verbrechens wird eine vernichtende Abrechnung zur Folge haben!

Die Masse der freiheitliebenden Arbeiterschaft in Deutschland ist ein festgeschmiedeter Block, an dem das Heer der Mitläufer der Nationalsozialisten zerrieben wird wie Spreu im Winde! Das Heer der Mitläufer, das den Blutreden der nationalsozialistischen Führer Beifall klatscht, mag sich hüten! Wer glaubt dass mit einem Heer von Bürgerkriegssöldnern, das zum grossen Teil aus Klassenrenegaten besteht, der festgeschmiedete Block der freiheitliebenden Arbeiterschaft vernichtet werden könnte, der wird ein furchtbares Erwachen erleben!

Wir drohen nicht. Wir wollen den inneren Frieden. Aber wir sagen allen, die zum Bürgerkrieg hetzen, mit allem Nachdruck, im Bewusstsein unserer eisernen Macht: Seid gewarnt!

SPD. Hamburg, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Zivilkammer 7 des Altonaer Landgerichtes hat auf Einspruch des preussischen Landtagsabgeordneten und Redakteurs im "Hamburger Echo" Bugdahn die am letzten Montag vom Altonaer Amtsgericht erlassene einstweilige Verfügung aufgehoben, nach der verboten war zu verbreiten, Hitler billige das Kabinett Papen, die NSDAP oder ihre Führer seien für die Einführung der Salzsteuer verantwortlich und die NSDAP habe als Gegenleistung für die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniformverbots in eine Kürzung der Renten und in eine neue Belastung der Werktätigen eingewilligt. Die Kosten des Verfahrens wurden der antragstellenden Partei (Hitler) auferlegt.

Die Entscheidung des Landgerichtes wurde gefällt nach einer mehrstündigen Verhandlung, in der die beiden Parteien Gelegenheit hatten, eingehend ihre Standpunkte darzulegen. Das Ergebnis der Beweisaufnahme war für die Hitlerpartei in jeder Beziehung katastrophal.

Der Vertreter Bugdahns, Rechtsanwalt Dr. Katz-Altona, legte in überzeugenden Ausführungen die rechtliche und politische Unmöglichkeit der einstweiligen Verfügung dar. Schon aus rein formalen Gründen habe das Amtsgericht die einstweilige Verfügung nicht erlassen dürfen. Der Antrag sei von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei e.V. in München gestellt, tatsächlich aber existiere eine Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei e.V. nicht. In München existiere jedoch ein Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein e.V., der neben der Partei als besondere Einrichtung bestehe. Dieser Verein habe aber keinen Antrag gestellt. Auch die Vollmacht, die von Hitler für die Altonaer Rechtsanwälte der NSDAP ausgestellt sei und bereits aus dem Jahre 1930 stamme und eine Generalvollmacht für alle zukünftigen Prozesse darstelle, sei unzureichend, da sie nur persönlich für Adolf Hitler, nicht aber für den eingetragenen Verein ausgestellt worden sei.

Weiter sei zu bezweifeln, ob solche Sprechverbote, wie sie diese einstweilige Verfügung praktisch bedeute, gegen Abgeordnete erlassen werden dürften da Abgeordnete nach Artikel 36 der Reichsverfassung in Ausübung ihrer politischen Tätigkeit sogar bei strafrechtlichen Verstössen vor Strafverfolgung geschützt sind, solange nicht die Immunität aufgehoben sei. Wenn schon bei den stärkeren strafrechtlichen Delikten eine Verfolgung nicht möglich sei, dann müsse bei den schwächeren zivilrechtlichen Ansprüchen die Immunität ebenfalls Geltung besitzen. Schliesslich sei überhaupt zu bestreiten, dass eine Voraussetzung für den Unterlassungsanspruch, der im Wege der einstweiligen Verfügung geltend gemacht werde, vorliege. Dieser Unterlassungsanspruch könne im vorliegenden Falle nur geltend gemacht werden, wenn eine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches vorliege. Eine Beleidigung sei in dem von Bugdahn verantwortlich gezeichneten Blatt nicht enthalten, sondern es seien lediglich gegenüber der NSDAP Feststellungen über die politische Haltung der NSDAP getroffen worden. Oder wollten der Antragsteller und das Amtsgericht etwa behaupten, dass die Feststellung, die NSDAP unterstütze die Reichsregierung oder deren Politik eine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches darstelle?

Katz befasste sich dann mit der grundsätzlichen Seite der Frage, d.h., ob mit einstweiligen Verfügungen überhaupt in der von der Nazi-Partei erstrebten Weise in den politischen Kampf eingegriffen werden dürfe. Solche politischen Fragen und Auseinandersetzungen könnten nicht durch Gerichte, sondern nur durch die Geschichte entschieden werden. Einstweilige Verfügungen aber seien nur zulässig und angebracht in reinen Rechtsgeschäften. Ueber politische Streitfragen könne kein Amtsgericht und kein Landgericht befinden. Das sei auch nicht ihre Aufgabe. Es sei ein Missbrauch der Justiz, was mit dem Antrag der NSDAP erfolgt sei. Er habe nur den Zweck, die Propaganda eines politischen Gegners, gegen den man sich anscheinend politisch nicht genügend verteidigen könne, zu unterbinden.

Der Nazianwalt liess in seinen Worten deutlich die grosse Verlegenheit erkennen, in die er und seine Auftraggeber durch den Einspruch und die wohl-fundierte Begründung des Einspruches geraten war. Der Nazianwalt vertrat den Standpunkt, dass die Behauptungen, die NSDAP toleriere die Reichsregierung und habe einen Pakt mit ihr geschlossen, geeignet seien, die Partei in den Augen der Wähler herabzusetzen und die Führer diffamiere. Im übrigen sei die NSDAP identisch mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereine e.V.. Ein von dem Nazi-Anwalt genannter Zeuge, ein stellvertretender Gaugeschäftsführer der NSDAP gab aber ausdrücklich zu Protokoll, dass es sich um zwei verschiedene Organisationen handle.

In der Begründung des Urteils erklärte der Vorsitzende u.a.: Es ist geprüft worden, ob die NSDAP zur Führung des Prozesses befugt gewesen ist. Nach § 56 der Zivilprozessordnung müsse diese Frage verneint werden, da es in der Rechtsprechung nur natürliche Personen und juristische Persönlichkeiten gibt. Die NSDAP kann aber nicht als juristische Person betrachtet werden. Wenn auch in dem Antrag von einer Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei e.V. die Rede ist, so wurde aber bewiesen, dass diese Partei nicht in dem Vereinsregister eingetragen sei und damit nicht die Rechtsfähigkeit besitzt. Der von der Antragstellerin angeführte Nationalsozialistische Deutsche Arbeitervereine e.V. ist nicht identisch mit der NSDAP. Das wird bewiesen durch die Satzungen dieses Vereins und auch bestätigt durch die Ausführungen des in der Verhandlung vernommenen Zeugen. Daraus ergibt sich, dass ein Gebilde klagte, das nicht die Rechtsfähigkeit besass und deshalb auch nicht protestfähig war.

Das Gericht betont ausdrücklich, dass diese Feststellungen kein Verschärfen hinter juristische Formalien bedeuten, sondern dass sie den klaren Vorschriften des Zivilrechts entsprechen. Aus allen diesen Gründen müsste die einstweilige Verfügung fallen. Da aber anzunehmen ist, dass in der politisch bewegten Zeit die Meinung in der Bevölkerung entstehen könnte, dass das Ge-

richt mit dem Hinweis auf formale Bestimmungen der rechtlichen Prüfung aus dem Wege gegangen sei, so habe auch das Gericht die anderen Voraussetzungen der einstweiligen Verfügung, auf die sich die Antragstellerin stützt, geprüft. Es habe deshalb zu der Frage Stellung genommen, ob es zulässig sei, dass eine Partei die andere im Wahlkampf mit den Mitteln der einstweiligen Verfügung bekämpfen könne.

Aus dem § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches lässt sich ein solches Recht nicht herleiten. Auch der § 940 der Zivilprozessordnung, der einen Rechtsschutz für natürliche und juristische Personen vorsieht, konnte nicht in Anwendung gebracht werden, da durch die Behauptungen des Plakates weder ein Vermögensschaden entstanden ist, noch entstehen könnte und deshalb weder ein Schadensersatzanspruch noch ein Unterlassungsanspruch besteht. Denn der NSDAP geht es nicht um vermögensrechtliche Auseinandersetzungen, sondern sie verfolgt das Ziel der Eringung der politischen Macht. Wenn durch die Behauptungen des Plakates dieses Ziel der NSDAP geschädigt wurde, so gibt es aber hierfür keine Rechtsschutzbestimmungen. Nach allen diesen Gründen musste das Gericht zur Aufhebung der einstweiligen Verfügung kommen. Es brauchte deshalb nicht in die Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit die Behauptungen des Plakates des Antragsgegners zutreffend sind. Der Zweck einer einstweiligen Verfügung kann nur darin bestehen, bestehende Hilfsbedürftigkeit zu schützen. Im Wahlkampf ist aber jede Partei auf sich selbst angewiesen und muss sich gegen alle Angriffe der gegnerischen Partei selbst wehren. Es ist nicht einzusehen, weshalb mit der NSDAP hier eine Ausnahme gemacht werden soll. Eine Rechtsschutzbedürftigkeit muss verneint werden. Darüber hinaus hätte es unabsehbare Konsequenzen, wenn die Gerichte alle Behauptungen der politischen Parteien gegeneinander durch einstweilige Verfügungen unterbinden wollte, ihre Arbeit würde ins Unermessliche wachsen.

SPD. Eutin, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Der hiesige Naziführer Böhmker ist von der oldenburgischen Nazi-Regierung zum Regierungspräsidenten des Landesteiles Lübeck ernannt worden. Der neue Partei buchbeamte hatte zur Feier seines Antritts die SA und SS alarmieren lassen. Am Flaggenmast des Rathauses wurde die Nazifahne gehisst, ebenso am Regierungsgebäude, wo mit dem Horst Wessel-Lied das Schauspiel der Fahnenhissung wiederholt wurde.

Mit dieser eigenartigen Einführung des neuen Regierungspräsidenten haben die Nazis bewiesen, wie die Parteibuchwirtschaft in Wirklichkeit aussieht.

SPD. Grossenhain, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zu Sonnabend wurden drei dem Reichsbanner angehörende Arbeiter-Fussballer, die eine Versammlung besucht hatten, auf dem Heimwege von Nazis überfallen und niedergestochen. Die Nazis sind den Arbeitersportlern, die auf Bädern fahren, in einem Mietauto von Grossenhain aus nachgefahren. Die Überfallenen erhielten Messerstiche im Rücken und am Kopf. Bei einem der Verletzten besteht Gefahr für das Augenlicht. Nach den Angaben der Verletzten sind die Täter bekannte Grossenhainer Nazis.

SPD. Rendsburg, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein Lastauto mit kommunistischen Frauen ist in Wacken im Kreise Rendsburg von Nationalsozialisten beschossen worden. Da die Landjäger sich weigerten, die in ein Haus geflüchteten SA-Leute herauszuholen, drangen die Kommunisten in das Haus ein und zerrten die sich in Schränken und unter dem Sofa versteckt haltenden Nazis heraus. Ein Ueberfallkommando der Altonaer Schutzpolizei nahm die drei Nazis fest.

SPD. Breslau, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Regierungspräsident in Breslau hat für den Bereich des Regierungsbezirks Breslau die Anmeldung aller Schusswaffen und Munition, die den Vorschriften des Gesetzes über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 sowie aller Hieb- und Stosswaffen, die den Bestimmungen des Gesetzes gegen Waffenmissbrauch vom 28. März 1931 unterliegen, angeordnet. Alle Waffen sind bis zum 21. d. M. bei der Ortspolizeibehörde anzumelden. Nichtbefolgung wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Fahrlässigkeit wird mit Geldstrafe geahndet. Ausserdem können die Gegenstände eingezogen werden.

Der Breslauer Polizeipräsident hat über die Anordnung des Regierungspräsidenten hinaus für den Bereich von Gross-Breslau die Ablieferung sämtlicher Waffen einschliesslich Schreckwaffen wie Gas-, Scheintod- und Betäubungswaffen aller Art verfügt. Befreit davon sind lediglich Inhaber von Jagdscheinen, Waffenscheinen, Waffenhandwerker sowie Inhaber einer behördlichen Genehmigung zum Besitz von Waffen- und Munitionslagern. Auf Nichtbefolgung der Verfügung steht Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten.

SPD. Brüssel, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Der grosse Kampf der belgischen Arbeiterklasse ist mit einem vollen Siege beendet. Zwei Tage beriet der Generalrat der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften in einer Atmosphäre der höchsten Spannung, und obschon sowohl für die Bergarbeiter in direkten wirtschaftlichen Verhandlungen als auch für die Arbeiterklasse im allgemeinen durch ein votum des Parlamentes sehr erhebliche Erfolge erzielt worden waren, wollte und konnte die zentrale Instanz der Arbeiterbewegung die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht ausgeben, ehe über die Forderungen der Metall- und Eisenindustrie keine Gewissheit bestand. Die Unternehmer dieser Gruppe kämpften aber mit der grössten Hartnäckigkeit.

Freitag und Sonnabend wurde in grosser Aufregung verhandelt. Die Regierung, die wusste, worum es ging, übte einen starken Druck auf die Eisenindustriellen aus, aber diese wollten nicht locker lassen. Mit der Begründung, dass die Wirtschaftskrise sie selbst in eine unhaltbare Lage gebracht habe, aus der sie ohne Lohnsenkungen nicht herauskommen könnten, widersetzten sie sich verzweifelt gegen die geforderte Stabilisierung der Löhne. 24 Stunden lang stand der Ausgang des Kampfes auf des Messers Schneide. Gaben die Eisenindustriellen nach, dann musste der Generalrat das Ende der Streikbewegung beschliessen, widerstanden sie bis zum Schluss, dann war die Proklamierung des Generalstreiks im ganzen Lande, der einen politischen und möglicherweise revolutionären Charakter annehmen musste, nicht zu vermeiden. Zuerst gaben die Maschinenbau- und Kleineisenindustriellen nach. Das war am Sonnabend vormittag. Aber die Schwerindustrie widersetzte sich noch immer. Der um 2 Uhr nachmittags zusammengetretene Generalrat konnte unter diesen Umständen noch immer keinen Beschluss fassen und musste sich vertagen. Der Druck auf die Schwerindustriellen wurde verstärkt. Endlich im Laufe des Nachmittags kapitulierten sie. Sie erklärten, dass sie "im Hinblick auf die Befriedung" bis 1. November keinerlei Lohnherabsetzungen mehr vornehmen würden und die bereits

beschlossene und in den Fabriken bereits bekanntgegebene letzte Lohnreduktion zurückgestellt würde. Es handelt sich hierbei um die in mehreren Distrikten tarifvertragsmässig vorgenommene Lohnsenkung von $2\frac{1}{2}\%$, zu der auch die Gewerkschaften bereits ihre Zustimmung gegeben hatten. Nun sollen darüber die im August zusammentretenden paritätischen Kommissionen noch einmal beschliessen. Dieser Beschluss wurde dem Generalrat um 4 Uhr nachmittags zur Kenntnis gebracht und mit begreiflicher Genugtuung begrüsst. Er konnte darauf ohne weitere Debatte die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag bei 4 Stimmenthaltungen beschliessen.

Der Beschluss wird der Arbeiterschaft in einem Manifest zur Kenntnis gebracht, in dem der nach heissem Kampfe erfochtene glänzende Sieg im einzelnen erklärt und unterstrichen wird. Die belgische Arbeiterklasse darf einen schwer errungenen aber grossen Sieg feiern, der auf die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung in Belgien nicht ohne Einfluss bleiben wird.

SPD. Der Führer der Nazi-Fraktion des Preussischen Landtags hat den gemeinen Antrag seiner Horde, der sich mit der Ehefrau des Berliner Polizeivizepräsidenten beschäftigte, zurückgezogen. Angeblich hat Kube von dem Antrag nichts gewusst. Nachträglich missbilligt er ihn.

An dem Tatbestand einer unglaublichen Gemeinheit gegenüber einer Frau, begangen durch die Nazi-Fraktion des Preussischen Landtags, ändert der Zurückziehn des Herrn Kube nichts. Dass ein derartiger Antrag überhaupt möglich war und von dem Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags ohne ein Wort der Beanstandung zugelassen wurde - das ist und bleibt bezeichnend für die Moral unserer Nazi-Grössen. Angesichts dieser Horde kann ein anständiger Mensch, welcher politischen Gesinnung er auch sei, nur ausspucken!

SPD. Frankfurt/M., 16. Juli (Eig. Dr.)

In der Nacht zum Sonnabend kam es zwischen Kommunisten und Polizei in einer kommunistischen Erwerbslosen-Versammlung in dem kleinen Städtchen Langenselbold im Kreise Hanau zu einem schweren Zusammenstoss. Als die Polizei die Versammlung auflöste, verliess die Hälfte der Versammelten den Saal, während die andere Hälfte das Licht ausdrehte und mit Messern und Stühlen über die sechs anwesenden Polizeibeamten herfiel. Drei Beamte wurden zum Teil erheblich verletzt. In der Notwehr schossen die Polizeibeamten und töteten in der Dunkelheit zwei noch im Saale anwesende Frauen. Ein Arbeiter erhielt einen Bauchschuss.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat die preussische Regierung um ein Verbot der "Reichsbanner-Zeitung" ersucht. Das Ersuchen stützt sich auf eine Zeichnung. Das beanstandete Bild ist in Anlehnung an das wirksame Hindenburg-Plakat aus dem zweiten Wahlgang gehalten. Auf diesem Plakat war eine grosse Menschenmenge zu sehen, über die der Schatten Hindenburgs fiel. Das beanstandete Bild lässt nunmehr den Schatten über eine Reihe Särge, die Opfer des in Deutschland tobenden Bürgerkrieges symbolisierend, fallen und trägt die Unterschrift: "Die Treue ist das Mark der Ehre - Unsere Treue ward uns zum Leichentuch". Das Verbot ist auf zwei Wochen in Aussicht genommen.

Die Bundespressestelle des Reichsbanners nimmt zu dem bevorstehenden Verbot des Bundesorganes mit nachstehender Erklärung Stellung: "Wir haben am 13. März und am 10. April den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg gewählt,

da wir in ihn das Vertrauen setzen, dass er unter allen Umständen, seinem Eid getreu, die Verfassung schützen wird. Für den Schutz dieser Verfassung aber sind die Männer gefallen, deren Särge auf dem beanstandeten Bild zu sehen sind. Reichspräsident Hindenburg und unsere Kameraden kämpften für das gleiche Ziel. Wir verwahren uns dagegen, dass man uns unterstellt, mit diesem Bild dem Herrn Reichspräsidenten den Vorwurf der Treulosigkeit und damit der Ehrlosigkeit gemacht zu haben. Diese Unterstellung ist eine Annahme, die nach unserer Ansicht in dem Bilde selbst keine Stütze finden kann."

SPD. London, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Zollkrieg zwischen England und Irland ist kaum noch zu umgehen. Besprechungen, die zwischen MacDonald und dem irischen Präsidenten Devalera zur Beilegung des Konfliktes stattfanden, sind ergebnislos verlaufen.

SPD. Wie Nazi-Strasser wegen der engen Beziehungen zwischen der Papen-Regierung und den Hitlerianern die Einberufung des Ueberwachungsausschusses ohne Erfolg zu sabotieren versuchte, so versuchte jetzt Nazi-Frick aus dem gleichen Grunde die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses zu verhindern. Der Grund ist die Angst, dass den Nazis von berufener Stelle aus die Maske vom Gesicht gerissen und bewiesen werden könnte, dass sie zwar gegen Lausanne wettern aber das Abkommen von der Regierung der Nazi-Barone geschlossen und unterschrieben worden ist. Aber ob der Auswärtige Ausschuss noch vor den Wahlen tagt oder nicht: Wie die Nazis für die Hungernotverordnung der Papen-Regierung verantwortlich sind, so tragen sie auch die Verantwortung für Lausanne mit und wenn diese Betrüger hundertmal das Gegenteil behaupten.

SPD. Paris, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Sommertagung des französischen Parlaments ist am Sonnabend abend abgeschlossen worden. Die Linksparteien stimmten, wie zu Beginn des vorigen Monats geschlossen für die Regierung, während Mitte und die Rechte gegen die Regierung stimmten bzw. Stimmenthaltung übten. Das Votum der Sozialisten gegen die Regierung in der Frage der Abschaffung der Reservistenübungen, das Abgeordneter Vincent-Auriol in der Schlussitzung der Kammer als ein bedauerliches Missverständnis bezeichnete, ist also aus der Welt geschafft.

Die plötzliche Wiederauferstehung des linken Blockes vollzog sich während der Debatte über den von uns angekündigten Gesetzentwurf über die Ermächtigung zur Ausgabe neuer Schatzbonds in Höhe von 2 Milliarden Francs zur Deckung der Bedürfnisse der Staatskasse, den die Regierung in der Schlussitzung der Kammer mit der Bitte um sofortige Verabschiedung einbrachte. Der Gesetzentwurf wurde zur sofortigen Prüfung der Finanzkommission überwiesen, der der Finanzminister bereits in einer Vormittagsitzung die Gründe für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen auseinandergesetzt hatte. Zu gleicher Zeit traten die Kammerfraktionen zusammen, um ihre Haltung zu der Vorlage festzulegen. Vorher hatten bereits Besprechungen zwischen Vertretern der Radikalen, der Sozialisten und der übrigen Fraktionen stattgefunden, aus denen sich eine vollkommene Übereinstimmung der Ansichten ergab. Auf Grund dessen beschloss die Radikale Fraktion einstimmig, in Verbindung mit anderen Parlamentsgruppen die Regierung zu bitten, die Verantwortung für die gegenwärtige Finanzlage, für die die Ausgabe neuer Schatzbonds notwendig sei, genau festzulegen und ihre Absicht kundzugeben, die weiteren Bedürfnisse der Staatskasse durch eine entschieden demokratische

Finanzpolitik zu befriedigen. Unter dieser Voraussetzung würde die Fraktion für die Vorlage stimmen. Die Sozialistische Fraktion sprach sich im gleichen Sinne aus.

Unter dem Eindruck dieser Beschlüsse, die der Regierung mitgeteilt wurden begann die Debatte im Plenum, nachdem sich die Finanzkommission in einstündiger Beratung für die Annahme des Gesetzentwurfes entschieden hatte. Der Generalsekretär der Kommission, Abgeordneter Lamoureux setzte die Beschlüsse der Kommission und die Gründe auseinander, die die Regierung zur Vorlage des Gesetzentwurfes veranlasst haben. Die Finanzkommission, so erklärte er, bittet die Kammer, die Vorlage zu genehmigen, unter der Voraussetzung, dass die Regierung die Verpflichtung übernimmt, mit der Einbringung des Budgets für das Jahr 1933 ein umfangreiches Finanz-Sanierungsprogramm vorzulegen. Im Anschluss daran gab Finanzminister Germain Martin die von den Radikalen und Sozialisten erwarteten Erklärungen ab. Er versprach im Namen der Regierung, dass er eine Finanzreform, bei der die kleinen Sparer geschützt werden sollen, ausarbeiten werde und er erklärte, dass für die gegenwärtige Finanzlage, die die Aufbringung neuer Mittel notwendig mache, nicht die jetzige Regierung verantwortlich wäre, sondern dass sie diese Lage als Erbschaft übernommen habe. Diese Erklärung wurde von der gesamten Linken mit ungeheurem Beifall aufgenommen, während die Rechte teils schwieg, teils protestierte.

Auf eine Intervention des nationalistischen Abgeordneten Marin, der die Neuausgabe von Schatzbonds als eine Inflation bezeichnete und dem Ministerpräsidenten vorwarf, er habe das während der Wahlkampagne gegebene Versprechen, eine Deflation des Budgets vorzunehmen, nicht gehalten, antwortete Herriot unter grossem Beifall der Linken mit einer ähnlichen Erklärung wie der Finanzminister sie abgegeben hatte. Die Regierung, sagte er, sei für das Budget 1932 nicht verantwortlich. Für das von ihr aufzustellende Budget für 1933 werde sie, wenn es ein Defizit aufweise, dagegen die Verantwortung voll und ganz übernehmen.

Im Namen der Sozialisten erklärte Abgeordneter Vincent-Auriol, dass die Fraktion mit den Erklärungen Germain-Martins und Herriots zufrieden sei. Sie mache der Regierung nur den Vorwurf, dass sie nicht gleich bei der Uebernahme ihres Amtes die Bilanz der Finanzwirtschaft der früheren Regierungen aufgestellt habe. Im übrigen aber könne in der heutigen Zeit kein Budget ins Gleichgewicht gebracht werden wenn nicht eine umfangreiche Abrüstung vorgenommen werde. Die Sozialistische Fraktion sei nicht bereit, so schloss Vincent-Auriol, an einer neuen nationalen Einigkeit zur Liquidation der Vergangenheit teilzunehmen, dagegen sei sie bereit, an der Einigkeit der Linksparteien teilzunehmen, die durch die Wahlen vom Mai geschaffen worden sei. (Grosser Beifall auf der gesamten Linken.)

Die Vorlage wurde schliesslich mit 381 Stimmen gegen 30 Stimmen der Kommunisten und einiger Nationalisten angenommen. Die übrigen 200 Abgeordneten der Mittel- und Rechtsparteien enthielten sich der Stimme. Nachdem auch der Senat die Vorlage angenommen hatte, konnten in später Nachtstunde Ministerpräsident Herriot in der Kammer und Justizminister Renoult im Senat das Schlussdekret für die Tagung verlesen.

Eine auswärtige Debatte fand nicht statt, da die Interpellanten auf Wunsch der Regierung auf die Besprechung ihrer Interpellationen verzichteten.

SPD. In Berlin wurde ein dreissigjähriger Nationalsozialist Paul Hermann in Haft genommen. Dieser Verbrecher hat nicht weniger als zwei Menschenleben auf dem Gewissen. Drei Personen hat er schwer verwundet. Der Vorfall spielte sich am Mittwoch-Abend in Berlin-Siemensstadt ab.

SPD. München, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Unter dem Schutz der Immunität hat die Nazifraktion des bayerischen Landtages eine verleumderische Broschüre gegen den Präsidenten des Landtags veröffentlicht, in der entgegen den tatsächlichen Vorgängen der Verlauf jener Landtagssitzung wahrheitswidrig dargestellt ist, auf der die Hakenkreuzler wegen ihrer braunen Kostümierung und ihrer skandalösen Terrorversuche für 20 Sitzungstage ausgeschlossen wurden. In dieser Broschüre wird der Landtagspräsident neuerdings der Protokollfälschung beschuldigt, obwohl die Anzeige der Nazis vom Oberstaatsanwalt zurückgewiesen wurde. Nun hat der Landtagspräsident eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die die Verbreitung der Broschüre und die Wiederholung der Beschuldigung unter Androhung einer hohen Geldstrafe verboten wird.

SPD. Paris, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Sozialistische Fraktion hat am Sonnabend beschlossen, dem Parteiverband der Abgeordneten Frot, Besnard-Ferron, Camboulives und Ramadier, die am Dienstag gegen den Willen der Fraktion für die Finanzvorlage der Regierung stimmten, die Entscheidung darüber zu überlassen, ob Sanktionen gegen die vier Abgeordneten verlangt werden sollen.

SPD. Detmold, 16. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Tag des Bastillensturmes der grossen französischen Revolution, auf den Tag, 33 Jahre nach Gründung der Sozialistischen Internationale, wurde in Detmold auf dem Volkshaus die grosse Freiheitsfahne der Eisernen Front des Freistaates Lippe gehisst. Unter starker Beteiligung und begleitet von stürmischen Freiheitsrufen stieg das rote Kampfbanner mit den drei Pfeilen am Flaggenmast auf dem Dach des Volkshauses empor. Der Vorsitzende der Landeskampfleitung der Eisernen Front Lippe Linne sprach leidenschaftliche Worte des Kampfgelöbnisses und konnte bei dieser Gelegenheit von starken Werbeerfolgen für das Volksblatt berichten, die besonders in bisher naziverseuchten Orten erfreulich gross sind. Als Weihespruch für das Freiheitsbanner widmete Linne die Verse:

Verlasst die Fahne nicht, ihr Alten und ihr Jungen,
Sie führt zum Sieg, sie nur allein!
Der Feind, ihr Brüder, Schwestern wird bezwungen,
Die Zukunft, die wird unser sein!

Stürmische und begeisterte Freiheitsrufe brausten über den Platz und viel hundert kernige Arbeiterfäuste reckten sich zum Freiheitsschwur empor. Dann sang die Menge spontan das Kampflied "Brüder zur Sonne, zur Freiheit". Mit dem dreifachen Kampfruf: "Freiheit!" wurde die kurze, aber würdige Feier geschlossen. Im Anschluss daran unternahm der Werbestosstrupp der Eisernen Front, Bezirk Detmold eine Propagandafahrt zu Rad, mit Freiheitswimpeln und roten Freiheitsbannern in lippische Dörfer.

SPD. Vom Vereinigten Nationalkomitee des Gewerkschaftskongresses, der Arbeiterpartei und der Parlamentsfraktion der Arbeiterabgeordneten ist nachstehendes Schreiben beim Sozialdemokratischen Parteivorstand eingetroffen!
London, den 11. Juli 1932.

An unsere Genossen

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Mit leidenschaftlichem Interesse und wachsender Bewunderung verfolgt die britische Arbeiterschaft Euren grossartigen Kampf für Sozialismus, Freiheit und Frieden. Wir haben mit tiefer Sorge den gefährlichen Vormarsch Eurer Feinde beobachtet, die auch die Feinde von uns allen sind. Die im schweren Kampf von den dahingegangenen Generationen erfochtenen Errungenschaften sind bedroht. Mit unbeugsamem Mut und unüberwindlichem Schwung habt Ihr es unternommen, die wilde Flut der faschistischen Reaktion einzudämmen, die droht, die junge Republik zu überschwemmen und das deutsche Volk in die geistige, politische und wirtschaftliche Knechtschaft zurückzustossen. Alle Achtung vor unseren deutschen Genossen, die unter unglaublichen Opfern und allen ungeheuren Hindernissen zum Trotz die Fahne des Sozialismus hochhalten und schwingen.

Jetzt naht die entscheidende Stunde! Die Verteidiger des deutschen Sozialismus und der deutschen Republik bereiten sich auf die erbittertste Schlacht in ihrer langjährigen, an schweren Kämpfen so reichen Geschichte vor. Im Zeichen stillgelegter Fabriken und im Elend der über die ganze Welt sich erstreckenden Arbeitslosigkeit haben die finsternen Kräfte der Gegenrevolution zum letzten Ansturm geblasen: sie reden vom Frieden, aber in ihrem Herzen denken sie an Krieg, sie predigen Freiheit, aber erstreben Versklavung, sie versprechen soziale Gerechtigkeit, aber bereiten Unterdrückung durch ihre Klasse vor. Ihr werdet es sein, Ihr deutschen Genossen, die den Hauptstoss dieses Ansturmes auszuhalten haben. Die Schlacht, die Ihr liefert, ist nicht nur der Kampf der deutschen Arbeiter, sondern auch unser Kampf - der Kampf des Sozialismus überall in der Welt. Euer Ringen gilt den Idealen, die Eure grossen Vorkämpfer Marx, Engels, Bebel, Wilhelm Liebknecht verkündet haben: Für Fortschritt, Frieden und soziale Gerechtigkeit, gegen Reaktion, Militarismus und Unterdrückung; für Sozialismus gegen Kapitalismus; für das Brot und die Freiheit des Volkes.

Die britische Arbeiterbewegung sendet diese Botschaft der Solidarität, der brüderlichen Grüsse und der guten Wünsche an die grosse deutsche Sozialdemokratie und an die grosse deutsche Gewerkschaftsbewegung. Sie vertraut darauf, dass Euer Mut und Eure Opferbereitschaft nicht vergebens sein werden, sondern den Endsieg unserer gemeinsamen Sache beschleunigen und allüberall die Sozialisten zu neuen Anstrengungen anspornen werden. Der Kapitalismus hat Schiffbruch erlitten. Der Sozialismus allein kann die Welt retten.

Genossen, unsere Gedanken werden bei Euch sein in diesen schicksalsschweren Tagen und besonders am 31. Juli 1932. Wir senden Euch den sozialistischen Gruss "Freiheit!"

Im Auftrage des Generalrats der Gewerkschaften:

Walter M. Citrine, Generalsekretär.

Im Auftrage des National-Exekutiv-Komitees der Arbeiterpartei: Geo Lathan, Vorsitzender.

Im Auftrage der Parlamentsfraktion der Arbeiterabgeordneten
George Lansbury, Vorsitzender.

K a n d i d a t e n l i s t e

der Sozialdemokratischen Partei für die 35 Reichstagswahlkreise.

SPD. Die Kandidaten sind ein bis zwei Stellen nach der Anzahl der bisher gewählten Abgeordneten aufgezählt:

1. Ostpreussen

Otto Braun
Friedrich Larssen
Werner Lufft
Arthur Mertins
Marie Hartung

3. Potsdam II

Franz Künstler
Kurt Löwenstein
Kurt Heinig
Marie Kunert
Georg Wendt
Fritz Schröder
Paul Becker

5. Frankfurt/O.

Otto Wels
Ernst Heilmann
Anton Reissner
Kurt Wegner
Otto Bohnenstengel

7. Breslau

Paul Löbe
Karl Wendemuth
Marie Ansorge
Kurt Pohle
Max Ruffert.
Stammer
Franz Hirsch

9. Oppeln

Johannes Stelling
Frida Hauke
Friedrich Kuhn

11. Merseburg

Paul Hertz
Franz Peters
Albert Bergholz
Anna Schob

2. Berlin

Arthur Crispian
Hugo Heimann
Clara Bohm-Schuch
Siegfried Aufhäuser
Carl Litke
Julius Moses
Erich Lübke

4. Potsdam I.

Rudolf Wissell
Rudolf Breitscheid
Marie Juchacz
Friedrich Ebert
Franz Spliedt
David Stetter
Hermann Salomon

6. Pommern

Gustav Schumann
Otto Passehl
Georg Schmidt
August Streufert
Frieda Zyliegen

8. Liegnitz

Paul Löbe
Otto Buchwitz
Richard Meier
Anna Nemitz
Alfred Haude
Karl Wussmann

10. Magdeburg

Karl Höltermann
Gustav Ferl
Ernst Reuter
Gerhard Seeger
Fritz Baade
Ferdinand Bender
Frieda Fiedler

12. Thüringen

August Frölich
Georg Dietrich
Mathilde Wurm
Franz Petrich
Hermann Brill
Paul Voigt
Emma Sachse

13. Schleswig-Holstein

Luise Schroeder
Otto Eggerstedt
Max Richter
Louis Biester
Paul Löhrke
Richard Hansen

15. Osthannover

Friedrich Peine
Friedrich Nowack
Adele Schreiber-Krieger
Wilhelm Wiese

17. Westfalen-Nord

Carl Severing
Carl Schreck
Alfred Janscheck
Julius Finke
Heinrich Drake

19. Hessen-Nassau

Philipp Scheidemann
Franz Metz
Heinrich Becker
Michael Schnabrach
Otto Witte
Ernst Mulanski
Friedrich Hofacker

21. Koblenz-Trier

Emil Kirschmann
Justin Braun
Franz Gruber

23. Düsseldorf-West

Paul Gerlach
Johann Tabor
Alfred Schatz

25. Niederbayern

Toni Pflüf
Michael Burgau

14. Weser-Ems

Alfred Faust
Hermann Tempel
Oskar Hünlich
Alwine Wellmann
Anna Stiegler

16. Südhannover-Braunschweig

Richard Partzsch
Otto Grotewohl
Anna Zammert
August Karsten
Karl Raloff
Karl Rohloff
Richard Schiller
Josef Schaffner

18. Westfalen-Süd

Friedrich Husemann
Alwin Brandes
Fritz Henssler
Berta Schulz
Walter Freitag
Heinrich Lehnemann
Otto Becker

20. Köln-Aachen

Wilhelm Sollmann
Hans Böckler
Emil Kirschmann
Hans Kappertz
Herta Kraus

22. Düsseldorf-Ost

Rudolf Hilferding
Lore Agnes
Robert Daum
Georg Richter

24. Oberbayern-Schwaben

Wilhelm Hoegner
Georg Simon
Hans Unterleitner
Klara Weich
Otto Geiselhart

26. Franken

Hans Vogel
Hans Dill
Friedrich Puchta
Fritz Soldmann
Ernst Schnepfenhorst
Otto Vöye

27. Pfalz
Friedrich Wagener
Wilhelm Hofmann

29. Leipzig
Hugo Saupe
Engelbert Graf
Margarete Starrmann-Hunger
Cornelius Gellert
Hermann Liebmann

31. Württemberg
Wilhelm Keil
Erich Rossmann
Kurt Schumacher
Karl Hildenbrand
Fritz Ulrich

33. Hessen-Darmstadt
Carl Mierendorff
Heinrich Ritzel
Wilhelm Weber
Jakob Steffen
Elisabeth Kern

35. Mecklenburg
Julius Leber
Karl Moltmann
Albert Schutz
Karl Bartosch

28. Dresden-Bautzen
Paul Löbe
Toni Sender
Artur Arzt
Alfred Dobbert
Hermann Fleissner
Hermann Krätzig
Hans Schirmer
August Tröndle

30. Chemnitz-Zwickau
Kurt Uhlig
Bernhard Kuhnt
Gustav Zander
Rosa Müller
Marin Ulrich.

32. Baden
Adam Remmele
Ernst Roth
Stefan Meier
Fr. Veith

34. Hamburg
Peter Grassmann
Johanne Reitze
Adolf Biedermann
Paul Bergmann
Karl Olfers
Heinrich Steinfeldt

R e i c h s l i s t e .

1. Wels, 2. Crispian, 3. Vogel, 4. Breitscheid, 5. Hilferding, 6. Juchacz,
7. Landsberg, 8. Dittmann, 9. Reitze, 10. Stampfer, 11. Marum, 12. Scheffel,
13. Tarnow, 14. Völter, 15. Seppel, 16. Pfülf, 17. Bernhard, 18. Stelling,
19. Stücklen, 20. Gallert, 21. Polenske, 22. Sievers, 23. Simon, 24. Pfänder,
25. Karl, 26. Schiff, 27. Schwerdtfeger, 28. Schiffgens, 29. Westphal,
30. Horlacher.

Aus aller Welt

Arabische Maschinenstürmer.

Wo das schwarze Gold quillt - Der Kampf um die Erdölleitung von Mosul zum Mittelmeer - Der Wirtschaftskrieg in der Wüste.

SPD. Die im Bau befindliche Petroleumleitung von Mosul nach dem Mittelmeer wurde von Beduinen zerstört und zugeschüttet. 60 Arbeiter wurden als Gefangene fortgeführt.

Die Welt des Islams bringt uns Europäern immer neue Ueberraschungen. Auf allen Gebieten des sozialen und kulturellen Lebens, in der Politik und Wirtschaft versuchen die Mohammedaner mit fanatischem Eifer sich jedem Aufbruchversuch zu widersetzen. Seit Vorderasien, Aegypten und Indien Brennpunkte nicht immer mit glücklichen Methoden durchgeführter europäischer Kolonisationspolitik geworden sind, hat es an Unruhen, Aufständen und grossen wirtschaftlichen Kämpfen nie gefehlt. Voran ging das Mutterland des grossen Propheten: Arabien. In den letzten zwei Jahrhunderten hat es sich fast ununterbrochen in Gärung befunden und jedem Versuch der Machteinengung arabischer Scheichs durch wirtschaftliche Expansionen und kulturelle Entwicklung den heftigsten Widerstand entgegengesetzt. Noch ist in aller Erinnerung der grosse Feldzug der Wahabiten, der fanatischsten und religiös unduldsamsten Sekte des Islam. Unter Ibn Saud haben sie nicht nur die Einheit der verschiedenen Stämme Arabiens betrieben, sondern sich auch eine Machtstellung im vorderen Orient erkämpft, wie sie im letzten Jahrhundert noch keiner dieser wandernder Beduinenstämme besessen hat.

Jetzt flackert im Norden der arabischen Halbinsel, dort, wo die grosse Landbrücke nach Persien hinüberführt, wo sich das sagenhafte Zweistromland des alten Testaments befindet, eine neue Bewegung auf, deren politische Bedeutung noch nicht abgeschätzt werden kann, die aber für die kulturelle Einstellung dieser strenggläubigen Mohammedaner charakteristisch ist. In der grossen Tigrizebene, die der Euphrat von der Syrischen Wüste trennt, liegen die bedeutendsten Petroleumfelder der alten Welt. Bei Mosul quillt das schwarze Gold in ergiebigster Weise zu Tage. Um diesen Wüstenflecken in Mesopotanien geht seit dem Anfang unseres Jahrhunderts der grosse Interessenkampf europäischer Grossmächte. Für die dort umherstreifenden und teilweise sogar sesshaften Beduinen, denen ursprünglich das Land gehörte, bedeutete die Entdeckung des Oelvorkommens nicht nur die Vertreibung von wenig fruchtbarer Scholle, sie brachte vielmehr tiefe kulturelle Einschnitte in ihre bisherige Lebensweise. Diese Veränderungen und Auswirkungen waren es, die in den ersten beiden Jahrzehnten das Land kaum zur Ruhe kommen liessen. Dann schien aber durch die Niederwerfung des grossen Wadi-Aufstandes endlich eine Befriedung des Landes eingetreten zu sein, bis jetzt, ganz plötzlich und unerwartet, da an eine rationellere und intensivere Ausbeutung der Erdölvorkommen Mosuls gedacht wurde, die seit einem Jahrzehnt latent gebliebenen Gegensätze aufs Neue aufzubrechen scheinen. Beduinen aus dem Gebiete des Tartarflusses, wandten sich gegen den Bau der grossen Erdölleitungen von Mosul zum Mittelmeer. Diese Oelleitung stellt eine gewaltige technische Leistung dar, nicht weniger als sechshundert Kilometer Rohrleitungen sind zur Fertigstellung erforderlich. Die Oelleitung ist nicht nur länger, sondern auch komplizierter als

Jenes grosse System kommunizierender Röhren, das vom Kaspischen Meer das Oel direkt in die Tankschiffe der Schwarzen Meerflotte pumpt. Die neue Mosul=Oel=leitung soll kanalartig in den mesopotanischen Sand eingegraben werden und ist erst vor wenigen Monaten richtig in Angriff genommen worden. Sie hat nun die Beduinen des Tartarflusses zum Widerstand gereizt. Die Beduinen zogen gegen die am Kanalbau beschäftigten Arbeiter zu Felde, überfielen sie nachts und führten alle sechzig Mann in die Gefangenschaft. Dann gingen sie daran, die Leitung und den Kanal zu zerstören und zuzuschütten. Nach vollbrachtem Werke entkamen sie, und bis heute ist von den Arbeitern keine Spur mehr aufzufinden gewesen.

Die Zerstörung hat ihre Ursachen in dem Widerstande, den die Beduinen jedem weiteren Vordringen der Europäer in Mesopotamien entgegen setzen. Die Tat ist als Ausfluss jener fatalistischen Stimmung zu werten, die nur der richtig ermessen kann, der im Orient länger unter Mohammedanern gelebt hat. Der Fatalismus hält diese Stämme in einer jahrhundertealten Rückständigkeit. Im Zweistromlande kommt dazu noch der Glaube, dass durch die Verlegung der Rohrleitung der Feldertrag geschmälert und durch den ständigen Wachdienst die Freizügigkeit der umherschweifenden Nomaden eingeengt wird. Aus diesen Gründen versuchen die Beduinen den Leitungsbau aufzuhalten und mit barbarischen Mitteln zu bekämpfen.

Es scheint sich an diesen Beduinen dasselbe Schicksal zu vollziehen, das im vorigen Jahrhundert den Maschinenstürmern zuteil ward. Die neue Wirtschaftsepoché, eingeleitet durch den technischen Fortschritt, ging einfach über sie hinweg. Ihre Ideen versanken so spurlos wie das Zeitalter der Manufaktur im industriellen Kapitalismus. Den Maschinenstürmern des vorderen Orients wird es kaum besser ergehen. Die barbarische Wirtschaftsform alter mohammedanischer Autokratien ist durch die wirtschaftliche Entwicklung der Erde und durch die Erschliessung der Bodenschätze Arabiens überhült und zum Untergang bestimmt, und kein noch so heroisch durchgeführter Aufstandsversuch kann sie vor dem Untergange retten.

S.

+ + +
Dynamitexplosion. Bei einer Dynatmitexplosion im brasilianischen Goldbergwerk Bello Horizonte kamen zwölf Arbeiter ums Leben. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Das Unglück ereignete sich in einer zwei Kilometer unter der Erde liegenden Sole.

+ + +
Leo Sklarek nimmt an. Leo Sklarek hat die Revision gegen sein auf vier Jahre lautendes Zuchthaus=Urteil zurückgezogen. Bleich seinem Bruder Willi hat er sich hierzu entschlossen, weil das Reichsgericht kaum vor ein bis andert=halb Jahren über den Revisionsantrag entschieden hätte.

+ + +
Siebentes Sperberopfer. Die Kesselexplosion auf dem Berliner Vergnügungsdampfer "Sperber" forderte ein siebentes Todesopfer; eine 32jährige Frau erlag den erlittenen Brandwunden. Die übrigen Verletzten befinden sich ausser Lebensgefahr.

+ + +
Kinderaustausch. In Lille trafen eine Anzahl deutscher Jungen und Mädchen ein, die von dort aus eine achttägige Reise durch Frankreich unternehmen. Die Kinder leisteten einer Einladung des französischen "Verbandes ehemaliger Frontkämpfer und Kriegsoffer" Folge. In Berlin traf am Sonnabend eine Anzahl französischer Schüler ein; sie werden in Deutschland mehrere Wochen verbringen.

+ + +
Devaheim. Am Sonnabend wurde in dem seit dem 18. Mai laufenden Berliner Devaheim=Prozess die Beweisaufnahme geschlossen. Im Laufe der Hauptverhandlung sind über 50 Zeugen vernommen worden. Am Dienstag beginnen die Plädoyers.

+ + +

Vier Millionen Entschädigung? Der frühere Fabrikant Heinrich Fingerhuth, Generaldirektor der Fingerhuth-Werke in Wuppertal-Vohwinkel beantragt vom Staat die Auszahlung einer Entschädigung in Höhe von vier Millionen Mark. Fingerhuth war im Jahre 1924 wegen Mehlerei zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden; das Gericht hatte ihn für überführt erachtet, in seinem Betrieb aus dem Besitz der Firma Krupp gestohlene Bohrer verwendet zu haben. Im März 1932 wurde Fingerhuth, dem durch die Affäre grosser moralischer und materieller Schaden zugefügt worden war, in einem Wiederaufnahmeverfahren rehabilitiert und freigesprochen.

"Störtebecker" kommt! Fünf amerikanische Studenten versuchen gegenwärtig in einer in Deutschland gebauten kleinen Yacht Störtebecker den Atlantik zu überqueren. Das Schiff verliess am 7. Juli den Hafen Marblehead im Staate Massachusetts. Die Fahrtroute soll über die Azoren, Gibraltar und Marseille nach Hamburg führen.

Choleraepidemie. In der chinesischen Provinz Chansi ist eine Choleraepidemie ausgebrochen. Die Wasserquellen sind verseucht. Es werden Tausende von Toten gemeldet.

Lord Plumer +. In London verstarb der bekannte britische Heerführer Lord Plumer. Im Weltkrieg befehligte er englische Truppenkontingente vor Ypern, später in Italien, nach Friedensschluss im Rheinland. Von 1925 bis 1928 war Lord Plumer Oberkommissar in Palästina.

Ein Dampfauto! Die Firma Henschel & Sohn A.G. in Kassel hat einen Dampfwagen konstruiert, bei dem der autoübliche Explosionsmotor durch eine regelrechte Dampfmaschine mit 120 Atmosphären Druck ersetzt wird. Das neue Auto mit Röhrensystemkessel wird mit Benzin oder Schweröl geheizt. Der Personenwagen des Dampfautos ist mit einer vier Zylinder-Heissdampf-Verbundmaschine ausgestattet; der Omnibustyp mit einer entsprechenden zweizylindrigen Maschine. Es sollen sehr gute Geschwindigkeiten erzielt worden sein.

Grubenkatastrophe. In Lütterade (Holland, Prov. Limburg) stürzte auf dem Staatsbergwerk "Maurits" in 500 Meter Tiefe ein Gang ein. Drei Bergarbeiter wurden getötet. Zwei sind Familienväter.

"DoX"-Fahrten. Das deutsche Riesenflugboot "DoX" umflog am Sonnabend von Swinemünde aus die Insel Rügen. Im Laufe der nächsten Zeit sollen Warnemünde, Rostock, Travemünde, Kiel, Flensburg, Hamburg, Bremen und die Nordseebäder besucht werden.

20 Hitzeopfer. In USA werden die Staaten des mittleren Westens von einer Hitzewelle heimgesucht. Das Thermometer erreichte verschiedentlich bis 38 Grad Celsius. 20 Personen kamen durch Hitzschlag ums Leben.

Haftentlassung. Der in Berlin unter dem Verdacht der Devisenschlebung verhaftete Naziprinz Isenburg wurde gegen eine Sicherheitsleistung von 10000 Mark auf freien Fuss gesetzt.

Gronaus Ozeanflug. Voraussichtlich wird Wolfgang von Gronau noch im Laufe des Juli mit dem Dornier Wal D.2053 nach Chikago fliegen. Island, Südgrönland Süd-Labrador und Montreal sind als Zwischenstationen vorgesehen.



Fratze der Autarkie.

(Sie würde eine Krise hervorrufen, der gegenüber die heutige Krise Kinderspiel ist.)

SPD. In jahrelanger, mühevoller Arbeit ist ein Buch über den "Deutschen Aussenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen" entstanden (verlegt bei E.S.Mittler & Sohn-Berlin), das kaum seinesgleichen haben dürfte. Es handelt sich um das im Enquêteausschuss gesammelte Material, das an der Universität Kiel (Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, geleitet von Professor Dr. Harms) fortgeführt, gesichtet und für die politische Urteilsbildung ausgewertet wurde. Dutzende von Gelehrten haben in bester Kollektivarbeit an diesem Material gesichtet. Um eine zutreffende Vergleichsgrundlage zu erhalten, war z.B. notwendig, die auseinandergehenden Handelsstatistiken von rund 150 Ländern bzw. Zollgebieten durchzuprüfen, zu vereinheitlichen, wissenschaftlich brauchbar zu machen. Die Riesenarbeit kommt zu dem Ergebnis: Die Autarkie ist volkswirtschaftlicher Unsinn und Unfug. Sie bedeutet für Deutschlands Wirtschaft Selbstmord.

Wohl eine der wichtigsten, durch die Entwicklung des deutschen Aussenhandels im ersten Halbjahr 1932 unterstrichene Feststellung aus dem auf rund 1000 Seiten enthaltenen Material, in das man vorerst nur tasten kann: Mit den Rekordüberschüssen des deutschen Aussenhandels im Jahre 1931 ist es gründlich vorbei. Mit dem Jahre 1932 sind wir in eine neue Periode des deutschen Aussenhandels eingetreten. In dieser Periode machen sich die Autarkiebestrebungen der Welt derart geltend, dass wir uns in Deutschland fragen müssen, wie wir jene, in Deutschland nicht erzeugbaren Rohstoffe aus dem Ausland bezahlen wollen; die wir notwendig haben, um über 20 Millionen Arbeiter und Angestellte zu beschäftigen. Während Deutschland, immer im Verhältnis zu anderen wichtigen Handelsländern, im Jahre 1931 seine Ausfuhr erhöhen konnte, geht der Ausfuhranteil Deutschlands an der gesamten Ausfuhr in der Welt im Jahre 1932 zurück.

In diesem Augenblick tauchen aber in Deutschland Anhänger der Autarkie auf; ziehen die Nationalsozialisten durchs Land und stellen die idiotische Behauptung auf: Deutschland brauche nicht zu exportieren!

Machen wir uns an Hand der Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit klar, was diese Autarkie, was dieser Idiotismus der Nationalsozialisten für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Bevölkerung bedeutet. "Eine dauernde Ausfuhrverminderung" so wird festgestellt, "müsste die Industrie wenigstens zu einer starken Umgliederung zwingen, wichtige Zweige fast zum Erliegen bringen. Selbst bei einer günstigen Entwicklung würde der Binnenmarkt wegen der industriellen Struktur Deutschlands die bisher exportierten Erzeugnisse nicht aufnehmen können." Weiter heisst es: Die deutsche Ausfuhr bietet den Gegenwert für die Bezahlung der Einfuhr, die zum überwiegenden Teil in den Produktionsaufbau eingreift und mit ihm stufenmässig verflochten ist. "Ein Abbau der Aussenhandelsverflechtungen Deutschlands würde eine lange Uebergangszeit erfordern und mutmasslich eine Schmälerung der Produktionsergiebigkeit zur Folge haben, soweit dieser Abbau rein technisch, im Hinblick auf die notwendigen Rohstoffe, überhaupt möglich ist."

Übersetzen wir das, was die Wissenschaft feststellt, in unsere Sprache, die Sprache der politischen Auseinandersetzung, die Sprache des Arbeitslosen, des kleinen Geschäftsmannes usw.: Die Autarkie würde unseren Produktions-

apparat lähmen, ihn teilweise völlig zerschlagen, würde die Beschäftigungsmöglichkeiten weiter drosseln, würde die Krise verewigen, würde Millionen in Deutschland zum Hungertod verurteilen.

Das ist die Fratze der Autarkie!!

Die Untersuchung gibt weiter Fingerzeige, wie unsere Handelspolitik orientiert sein muss, um die für Deutschland lebensnotwendige Ausfuhr aufrecht zu erhalten. "Die Produktionsstruktur Deutschlands", so heisst es, "weist auf eine handelspolitische Orientierung hin, der der Ausfuhr ein Angebot auf vielen Märkten ermöglicht". Das ist ein Bekenntnis zur Meistbegünstigung und eine Überprüfung des Materials zeigt, dass die Wissenschaft kein Mittel hat, das wie die Meistbegünstigung einen möglichst reibungslosen Ablauf im Welthandel garantiert. So ist es auch nur möglich, Deutschland in anderen Ländern entsprechende Wettbewerbsbedingungen zu verschaffen, also gute Handelsverträge, mit deren Hilfe Deutschland ja in den letzten Jahren seinen Aussenhandel wieder aufbauen konnte. Im Rahmen des Handelsvertrags kann Deutschland, das als wichtiger Rohstoffimporteur schon aufzutrumphen vermag, dieselben Wettbewerbsbedingungen verlangen, wie sie andere Länder erhalten, die politisch mächtiger sind und ihren Handel durch Kapitalanlage in anderen Ländern begünstigen können. Als ausschlaggebend wird vor allem die Kaufkraftentwicklung in der ganzen Welt bezeichnet, das die Notwendigkeit einer internationalen Verständigungspolitik unterstreicht. Gewarnt wird vor einseitiger Festlegung auf den Handel mit bestimmten Ländern (Präferenzen usw.) und zwar im Hinblick auf eine Gefährdung, die die Kaufkraftentwicklung in diesen oder jenen Ländern erleiden kann. Das gilt u.a. für Südosteuropa, dessen Kaufkraftentwicklung, weil es an den nötigen Absatzgebieten für Agrarartikel fehlt, ungünstiger beurteilt wird als die der überseeischen Rohstoffgebiete.

SPD. Der Bericht des Vereins Deutscher Maschinenanstalten über den deutschen Maschinenexport im ersten Halbjahr 1932 ist eine einzige Anklage gegen die Autarkie und den Zollprotektionismus. Gegenüber dem zweiten Halbjahr 1931 liegen die Inlandsauftrags um mehr als 20 % zurück, während die Auslandsauftrags um rund 40 % gesunken sind. Der Beschäftigungsgrad ist unter Einfluss dieser Entwicklung bis Ende Juni 1932 auf 29,7 % der Sollbeschäftigung gefallen.

SPD. Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit zeigt in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1931, dass es sein im Vorjahr gegebenes Versprechen, die ganze Rationalisierung mehr von der Seite ihrer Auswirkungen aus zu betrachten, wahr zu machen gewillt ist. Es finden sich hier und da gute Ansätze, die mit der Zeit Erfolge bringen können.

An sich ist es natürlich, dass sich der Aufgabenkreis des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit (RWK) mit dem Verlauf der Krise verschieben musste. Zwei Dinge treten hier besonders in Vordergrund: die Wirkungen der Rationalisierung auf den Menschen und die Wirkungen der Rationalisierung auf die Kosten und auf die Arbeitsmärkte. Gerade hinsichtlich des zweiten Punktes wäre eine tiefgehende Untersuchung begrüssenswert, die aber dann nur Zweck hat, wenn sie objektiver durchgeführt wird als die Arbeit, mit der das Konjunkturforschungsinstitut vor einigen Tagen die Öffentlichkeit überraschte. Im Mai 1931 wurde aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, der Behörden und der Wissenschaft die Arbeitsgemeinschaft Mensch und Rationalisierung geschaffen. Ihre Arbeiten umfassen drei grosse Gebiete: Die Rationalisierung und die Arbeitslosigkeit, die Berufseignung einschliesslich Eignungsfeststellung und die psychologische und physiologische Auswirkung auf den Menschen. Auf dem Gebiete der Berufseignung laufen zur Zeit eingehende Untersuchungen über die

Auswirkungen der Eignungsfeststellungen im Zusammenhang mit der Frage der Qualitätsarbeit. Im Rahmen der Frage des Siedlungswesens wurde vor allem die Auswahl und die Schulung der Siedler behandelt.

Im Gegensatz zu den mehr auf Spezialfragen gehenden Arbeiten der Fachausschüsse werden durch die branchenmässigen Betriebsuntersuchungen die auf die Hebung der Wirtschaftlichkeit ganzer Wirtschaftszweige gerichteten Aufgaben in allen ihren Zusammenhängen erfasst. Bei diesen Untersuchungen dient das RKW in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden unter Förderung durch den Reichsverband der Deutschen Industrie als sogenannte Arbeits- und Vertrauensstelle. Branchenmässige Betriebsuntersuchungen sind bisher vom RKW u.a. in einzelnen Zweigen der Landwirtschaft, in der Industrie der Steine und Erden, in der Eisen- und Stahlwarenindustrie, in der Industrie der Messinstrumente, in der Papierindustrie, im Vervielfältigungsgewerbe, in der Lebensmittelindustrie, in der chemischen Industrie sowie im Gross- und Einzelhandel durchgeführt worden. Die parallel gerichteten Betriebsvergleiche im Handel werden mit Unterstützung des RKW von der Forschungsstelle für den Handel durchgeführt.

 Erste Abladungen von Roggen.

 (Berliner Getreidebörse vom 16. Juli.)

SPD. Am Sonnabend war die Geschäftstätigkeit an der Berliner Produktenbörse wenig umfangreich. Die ersten Abladungen an Roggen aus neuer Ernte sind jetzt geliefert worden. Man behauptet, dass die Qualität ausgezeichnet sei. Infolge der letzten Regenfälle ist die Stimmung für neuen Roggen jetzt wieder fester geworden; schnell verladbare Ware wird auch höher bewertet. Dagegen findet Herbstroggen nur geringes Interesse. Gleichzeitig ist das Angebot jedoch sehr zurückhaltend. Die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte waren durchweg leicht erhöht. Alter Weizen war nicht dringend angeboten; jedoch hielt sich auch die Nachfrage wegen des schleppenden Mehlabsatzes sehr zurück. Auch fehlte es an Angebot an neuem Weizen, sodass die Preise leicht anziehen konnten. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Kurse gleichfalls nur leicht verändert. Am Mehlmarkt hielt sich der Umsatz in engsten Grenzen, die Preise waren stetig. Dagegen war das Angebot in Roggenmehl etwas geringer geworden, weil viele Mühlen jetzt infolge gründlicher Reinigung ihrer Betriebe geschlossen haben. Einige Nachfrage zeigte sich nach schnell verladbarem Roggenmehl aus neuer Ernte. Hafer hatte sehr ruhiges Geschäft.

	15.7.	16.7.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	235 - 237	235 - 237
Roggen	-	-
Futter- und Industrieroggen	153 - 168	154 - 170
Hafer	154 - 159	154 - 159
Weizenmehl	29,50 - 33,75	29,50 - 33,75
Roggenmehl	24,75 - 26,50	24,75 - 26,50
Weizenkleie	11,40 - 11,60	11,40 - 11,60
Roggenkleie	10,25 - 10,60	10,25 - 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli - (Vortag 249), September 227½ (227¼), Oktober 228 (227½), Dezember 230 (229½). Roggen Juli 179, September 177½ (176¾), Oktober 177¼ (176¾), Dezember 179¾ (179¼), Hafer Juli - (167).



Hitler und seine Regierung.

SPD. Im Hitlerlager ist man nervös. Die blutrünstigen Drohungen gegen die Republikaner häufen sich wieder. Ein deutliches Zeichen, dass die Herrschaften sich ihrer Sache nicht mehr so sicher fühlen. Der Vormarsch der Eisernen Front ist ihnen verdammt unangenehm. Wie jeder, der in die Volksmassen hineinhorcht, wissen auch die Hitlerstrategen, dass ihre Einschüchterungsversuche heute längst nicht mehr die Wirkung haben, die sie vielleicht noch vor Wochen, jedenfalls vor Monaten gehabt haben. Auch ist Blut ein besonderer Saft. Er kittet sehr fest. Die zahllosen Opfer der Eisernen Front, die bereits im Kampf um die Freiheit der Arbeiter unter den Revolvern der SA-Leute gefallen sind, sind nicht umsonst gefallen.

Die Abwehrbewegung gegen den Faschismus wächst, und das ist der Grund, warum die Hitlerleute um jeden Preis in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken wollen, als ob sie mit der Regierung Papen-Schleicher nichts zu tun haben. Die Volksbetrüger sind sich darüber im klaren, dass die Massen den Kuhhandel zwischen dem Kabinett der Hitlerbarone und der Hitlerpartei bereits erkannt haben. Daher ihre Parole, so wenig wie möglich über die Notverordnungen der Papen-Regierung und dafür umso mehr über die Dolchstosslegende und dergleichen Dinge zu sprechen. Hitler hat soeben erst in Tilsit, von wo aus er seine Propagandareise durch Deutschland angetreten hat, ausdrücklich erklärt, dass er über die letzten sechs Wochen nicht sprechen wolle; das "Verbrechen der letzten 13 Jahre" müsse diskutiert werden. Die letzten sechs Wochen - das sind die Wochen der Papenregierung. Herr Hitler weiss, warum er über die letzten sechs Wochen nicht sprechen will. Er kann darüber nicht sprechen, wenn er sich nicht lächerlich machen will. Die kleinen Kläffer seiner Meute, die lässt Hitler natürlich ganz gerne auf die Papenregierung schimpfen. Demagogie gehört ja nun einmal zu seinem Geschäft, und was die kleinen Schwätzer zusammen schwätzen, kann er ja, wenn nötig, beiseite schieben und als nicht parteioffiziös abtun.

Aber all diese Kunststücke werden den ertappten und bereits entlarvten Lügern nichts nützen. Die Betrüger mögen soviel Opposition gegen die Regierung der Hitlerbarone mimen, kein Mensch wird ihnen glauben. Die Lügenfratzen haben sich auch bereits zu sehr verheddert. Sie haben schon zu viel aus der Schule geplaudert. Noch vor kurzem waren sie ihrer Sache so sicher, dass sie es nicht für nötig hielten, ihre Beziehungen zur Regierung Papen abzuleugnen. So schrieb z.B. das Hitlerorgan in Essen, die "Nationalzeitung", anfangs Juni: "So wie die Dinge liegen, dürfte die NSDAP dem neuen Kabinett weder ablehnend noch zustimmend gegenüberstehen, sondern sich bei dem zu erwartenden marxistischen Misstrauensvotum der Stimme enthalten". Mitte Juni schrieb das gleiche Organ: "Allerdings wissen wir genau und haben keine Veranlassung, daraus ein Hehl zu machen, dass die Regierung Papen nur zustande gekommen ist deswegen, weil Adolf Hitler sich nicht von vorn herein gegen sie oder eines ihrer Mitglieder eingestellt hat, sondern weil er erklärte, ihre Taten abwarten zu wollen". Dass zwischen dem Baronenkabinett und den Hakenkreuzlern ein abgekartetes Spiel gespielt wird, jedenfalls aber ein politischer Kuhhandel stattfand, hat die "Nationalzeitung" am 16. Juli treu und brav ausgeplaudert. Das Nazi-blatt schrieb: "Indessen hat dieses Kabinett Papen bei seiner Konstituierung durch den neuen Reichskanzler Bindungen übernommen, deren für uns wesentlichste

die ist, dass es versprochen hat, dem Nationalsozialismus gegenüber endlich die vollkommene Freiheit der Rede und Propaganda und der Gerechtigkeit an den Tag zu legen, die das Brüningsystem der Bewegung Adolf Hitlers vorher mit konsequenter Bosheit versagt hat".

Hier wird also klipp und klar zugegeben, dass die Regierung Papen nur deshalb möglich wurde, weil sie Hitler versprach, ihm im Wahlkampf völlige Ellenbogenfreiheit zu geben. Die Früchte dieser Ellenbogenfreiheit sind grausig. Das Blut der von der SA ermordeten Arbeiter schreit zum Himmel. Die Regierung weist genau, dass erst durch die Herstellung völliger Bewegungsfreiheit der uniformierten SA dem Bürgerkrieg Auftrieb gegeben worden ist, aber sie rührt sich nicht, dem unseligen Treiben Einhalt zu gebieten, weil sie eben, wie die "Nationzeitung" verraten hat, für die Gewährung vollkommener Propagandafreiheit an Hitler Bindungen übernommen hat.

Dass die Regierung der Barone nichts anderes ist als eine Hitlerregierung wird im übrigen auch von der rechtsstehenden bürgerlichen Presse zugegeben. So schrieb dieser Tage die "Kölnische Zeitung", das schwerindustrielle rheinische Blatt: "Das Gesetz des innerpolitischen Handelns geht zunächst einmal von der Rechten aus, weil die Partei der äussersten Rechten, die Nationalsozialisten heute schon in den Ländern und morgen auch im Reich die stärkste und damit parlamentarisch bestimmende Partei ist. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass das jetzige Kabinett seiner parlamentarische Stütze bei den Nationalsozialisten sucht. Im Interesse der Klarheit und Verantwortlichkeitsverteilung musste man aber wünschen, dass diese Tatsache schon bei der Kabinettsbildung berücksichtigt wurde. Man hat dies offenbar unterlassen, um den Nationalsozialisten für diesen Wahlkampf noch Agitationsfreiheit zu lassen und ihnen nicht gleich den Geschmack an der staatlichen Mitverantwortung zu verderben".

Hitler mag also über die letzten sechs Wochen sich noch so sehr ausschweigen, obwohl er erklärt hat, die Taten der Regierung abwarten zu wollen, und genügend Taten bereits vorliegen, er mag noch so sehr versuchen, die Wahldiskussion auf das angebliche "Verbrechen der letzten 1 1/2 Jahre" abzulenken - für das Volk bleibt die Papenregierung seine Regierung und für die Leistungen der Regierung der Hitlerbarone ist und bleibt Herr Hitler dem Volk verantwortlich.

SPD. Im Dummenfang für die Reichstagswahl haben die Nazis sich jetzt sogar als Vorkämpfer gegen den Lohnabbau entdeckt. Ihre Presse kreischt von "14 Jahre Lohnraub - ein Schuldkonto der SPD", und vor allem in Landarbeiterkreisen tun die Hitler jetzt so, als ob sie gegen den Abbau der Löhne wären. Dieser Schwindel ist nun selbst der Arbeitnehmergruppe des pommerschen Landes bundes, von der grössere Teile selbst vom Nazi-Bazillus infiziert sind, zu dumm geworden. Sie erklärt in der - nazifreundlichen - "Pommerschen Tagespost" (Nr. 162), dass die von den Nazis verfolgte Lohnpolitik vor der Kritik nicht bestehen kann. Als Begründung dafür führt die Arbeitnehmergruppe unter anderem an, 1. dass in fast allen Kreisen nationalsozialistische Arbeitgeber in den Tarifkommissionen mitgewirkt und die Lohnsenkung mit beschlossen haben, 2. dass ihr (der Arbeitnehmergruppe) kein Fall bekannt ist, in dem nationalsozialistische Arbeitgeber höhere Löhne zahlen, als die gesenkten Tarife vorsehen, 3. dass ihr (der Arbeitnehmergruppe) auch kein Fall bekannt ist, in welchem die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei einen Arbeitgeber aus der Partei ausgeschlossen hätte, weil er die Lohnsenkung mitmachte, obwohl die Partei seinen Ausschluss öffentlich angedroht hat.

Das ist der Lohnschutz der Nazis in der Praxis. Die Hitlerpartei ist, wie aus diesen Feststellungen hervorgeht, bereits so verlogen, dass nun schon ihre eigenen Anhänger sich angewidert fühlen.

SPD. Die neue Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst wurde am Sonnabend den Ausschüssen des Reichsrats vorgelegt. Die Bedenken der Länder gegen die Verordnung richteten sich vor allem gegen die Institution eines Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst. Die Regierung wurde ersucht, die Verordnung dahin abzuändern, dass der jeweilige Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gleichzeitig Leiter des Freiwilligen Arbeitsdienstes sein soll.

Als Reichskommissar ist der Präsident der Reichsanstalt Dr. Syrup in Aussicht genommen. Um eine möglichst einfache und sparsame Durchführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes sicherzustellen, werden die für diesen „weck bereitzustehenden Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt einheitlich zusammengefasst und verwaltet. Die Arbeiten müssen nach der Verordnung gemeinnützig und zusätzlich sein. Sie sollen nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften oder sonstige Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Diesen wird es auch obliegen, für das Vorhandensein von geeigneten Arbeiten zu sorgen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit die Vereinigungen in Betracht, die sich in besonderer Masse für die Betreuung der Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes. In erster Linie sollen junge Deutsche unter 25 Jahren bedacht werden und zwar von diesen wieder besonders Arbeitslose, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Daneben kommen aber auch Nichtarbeitnehmer in Betracht. Ein neuer Behördenapparat wird nicht geschaffen. Vielmehr stehen die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung.

Man muss zunächst die Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers abwarten, bevor man sich ein genaues Bild von der Auswirkung der Neuregelung machen kann. Dass die Regierung auf die Arbeitsdienstpflicht hinstrebt, geht aus ihrer mit der Verordnung verbundenen Erklärung hervor, wonach der Reichskommissar beauftragt wird, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmässige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten. Das Gutachten soll der Oeffentlichkeit zur Beurteilung zugehen.

SPD. Der neue Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, H. B. Butler trifft am Montag zu einem zweitägigen Aufenthalt in Berlin ein. Er wird bei dieser Gelegenheit mit der Reichsregierung und den ebenfalls in den Organen der Internationalen Arbeitsorganisation vertretenen Spitzenverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Fühlung nehmen.

SPD. Der Niederländische Bergarbeiterverband hat sich wegen der Kündigung mehrerer hundert Bergarbeiter in Limburg telegrafisch an die Regierung gewandt und Verstaatlichung des gesamten Bergbaus gefordert. Der Verband macht die Regierung darauf aufmerksam, dass die Gärung im niederländischen Bergbau nicht geringer sei als im benachbarten belgischen Kohlenrevier.
